



Bundesministerium für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung

50 Jahre

Wir machen Zukunft.  
Machen Sie mit.

# Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung

Konzept



# Inhalt

	Vorbemerkung	4
	Zusammenfassung	5
<b>1.</b>	<b>Ländliche Räume – vom Problem zur Chance</b>	<b>7</b>
<b>2.</b>	<b>Erforderliche Reformprozesse in Partnerländern</b>	<b>9</b>
2.1	Nachhaltige Entwicklung der ländlichen Wirtschaft	9
2.2	Nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen	10
2.3	Bereitstellung sozialer Dienste und technischer Infrastruktur	11
2.4	Verbesserung der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen	12
<b>3.</b>	<b>Unterstützungsbeitrag der deutschen Entwicklungspolitik</b>	<b>14</b>
3.1	Grundsätze und internationale Vereinbarungen	14
3.2	Mehr-Ebenen-Förderstrategie	15
3.3	Förderinstrumente und -verfahren	18
	Impressum	20

## Vorbemerkung

Das vorliegende sektorübergreifende Konzept "Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung" ersetzt den BMZ-Referenzrahmen "Ländliche Entwicklung" von 2001. Es widmet sich der besonderen Bedeutung ländlicher Räume in Entwicklungsländern. Deren bisher weitgehend ungenutzten Potenziale für Armutsreduzierung und Hungerbekämpfung gilt es auszuschöpfen.

Die Entwicklung ländlicher Räume erfordert einen ganzheitlichen politischen Ansatz in Partnerländern, der durch Geber unterstützt wird. Ziel des vorliegenden Konzepts ist es vor allem, den Blick für die Vielschichtigkeit ländlicher Entwicklung und für das Ineinandergreifen verschiedener Sektoren und Erfolgsfaktoren zu schärfen. Agrarwirtschaftsförderung, nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen, Bereitstellung sozialer Dienste und technischer Infrastruktur sowie entwicklungsförderliche politisch-institutionelle Rahmenbedingungen sind hierbei von zentraler Bedeutung. Dieses Konzept hat rahmensetzenden Charakter. Es ist nicht seine Aufgabe, für jeden dieser Sektoren und Erfolgsfaktoren die konkreten Schritte vorzugeben, die zur nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume erfor-

derlich sind. Die konkrete Ausformulierung von Handlungserfordernissen und Unterstützungsbeiträgen, die die deutsche Entwicklungspolitik anbieten kann, wird in entsprechenden Sektorkonzepten und weiteren handlungsleitenden Orientierungen vorgenommen.

Das vorliegende Konzept ist für die Durchführungsorganisationen der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit verbindlich. Es bietet sich außerdem als Orientierungshilfe für die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen und privatwirtschaftlichen Akteuren an. Schließlich bildet es den Rahmen für eine Reihe von entwicklungspolitischen Aufgaben: die Entwicklung von Regionalkonzepten, Länderkonzepten und Schwerpunktstrategiepapieren der bilateralen Zusammenarbeit; die deutsche Positionierung in der internationalen entwicklungspolitischen Diskussion; die Erarbeitung von Beiträgen zur multilateralen und regionalen Kooperation sowie zur europäischen Entwicklungszusammenarbeit; die Kommunikation mit der deutschen Öffentlichkeit, mit dem Deutschen Bundestag und mit anderen Bundesressorts.

## Zusammenfassung

Unter dem Leitgedanken der "Hilfe zur Selbsthilfe" setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik für ein nachhaltiges internationales Engagement zur Stärkung der ländlichen Räume in Entwicklungsländern ein. Die Entwicklung ländlicher Räume wird zu einem Schlüsselbereich und Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik ausgebaut. Die Erhöhung der Ernährungssicherheit ist hierbei der entscheidende Beweggrund, die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung eine wichtige handlungsleitende Orientierung für das deutsche Engagement in diesem Bereich.

Die meisten armen und an Hunger leidenden Menschen auf der Welt leben in ländlichen Räumen. Landflucht, Raubbau an natürlichen Ressourcen und gewaltsame Konflikte haben vielerorts besorgniserregende Ausmaße angenommen. Der Klimawandel stellt eine zusätzliche Herausforderung dar. Ländliche Räume bieten aber gleichzeitig enorme Potenziale, die über lange Jahre nicht erkannt wurden. Neben Nahrungsmitteln werden Holz, Baumwolle, Pflanzenöle und andere Grundstoffe produziert. Ländliche Räume erbringen wichtige Aufgaben für den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Schutz des Klimas. Nun kommt es darauf an, diese Gebiete als Schlüsselräume für Entwicklung, Armutsreduzierung und Hungerbekämpfung wieder zu einem zentralen Thema der Politik zu machen.

Hierbei sollte die Landwirtschaft Ausgangspunkt und Motor einer umfassenden Entwicklung sein. Viele Partnerländer weisen beachtliche Möglichkeiten zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auf. Die Entwicklung des wirtschaftlich schwachen, vor allem Selbstversorgung betreibenden Kleinbauernturns zu einer rentablen, sozial und ökologisch nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft stellt hierbei vielerorts die zentrale Herausforderung dar. Eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion kommt nicht nur der Deckung des Eigenbedarfs im ländlichen Raum sondern auch der

Ernährungssicherheit der städtischen Bevölkerung zugute. Eine Verbesserung der Eigenversorgungskapazität bietet Schutz gegen wachsende Preisvolatilität und Unsicherheit auf internationalen Agrarmärkten.

Eine reine Förderung der Landwirtschaft reicht jedoch nicht aus. Ländliche Entwicklung benötigt einen sehr viel breiteren Ansatz. Umfangreiche Reformprozesse müssen angestoßen werden, die in erster Linie die Schaffung funktionierender Institutionen, die Entwicklung der Humanressourcen, die Errichtung leistungsfähiger Infrastruktur und ein auf Nachhaltigkeit, Transparenz und Krisenprävention ausgerichtetes Management natürlicher Ressourcen zum Ziel haben.

Eine umfassende Entwicklung ländlicher Räume bedeutet nicht nur räumliche Integration und Vernetzung, Verbesserung des Bodenrechts, gerechteren und leichteren Zugang zu Land und zu lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Märkten, sondern auch die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft. Die Förderung von Ersparnissen und Investitionstätigkeiten gehören ebenso dazu wie die Diversifizierung von Produkten und Dienstleistungen in verschiedenen Sektoren. Nicht zuletzt stellt die nachhaltige Landnutzung eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume und eine dauerhafte Ernährungssicherung dar.

Entwicklung hängt in erster Linie von politischem Willen, leistungsfähigen Institutionen und den Eigenanstrengungen der Beteiligten ab. Dem Niveau der angewandten Technologie und der Qualifikation der Arbeitskräfte kommen dabei wichtige Rollen zu. Die Partnerländer müssen die Verantwortung annehmen, ländliche Räume unter Beachtung der genannten Erfolgsfaktoren zu entwickeln und ihren Verpflichtungen zur Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung in ihren Ländern nachzukom-

men. Entwicklungszusammenarbeit kann hier unterstützend wirken. Sie ist in der Lage, wichtige Impulse zu geben, Innovationspotenziale aufzuzeigen und im politischen Dialog auf Fehlentwicklungen und Konfliktpotenziale aufmerksam zu machen. Eine Ersatzvornahme der Geber für die Eigenverantwortung der Partnerländer würde jedoch zu keinem dauerhaften Erfolg führen. Sofern Partnerländer beim Aufbau der erforderlichen institutionellen, finanziellen, technischen und personellen Kapazitäten Unterstützung wünschen, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ihre vielfältigen Erfahrungen mit der Entwicklung ländlicher Räume einbringen.

Ein Politikumschwung vor Ort ist wichtig, reicht aber nicht aus. Internationale Agrar- und Agrarhandelspolitik sowie Energie- und Wirtschaftspolitik

dürfen die Bemühungen zur Steigerung der lokalen Produktion sowie der Vermarktung von Agrarprodukten nicht konterkarieren, sondern müssen diese unterstützen. In- und ausländische Direktinvestitionen in Land und in Landwirtschaft sind erforderlich, müssen sich jedoch verantwortungsbewusst der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume verpflichtet fühlen, anstatt – wie heute vielfach üblich – zur Verschärfung ökologischer und sozialer Probleme beizutragen.

Die Entwicklung ländlicher Räume und die Ernährungssicherung sind Herausforderungen, die durch öffentliche Mittel allein nicht gemeistert werden können. Die Partnerschaft von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft ist gefordert – dies sowohl in den Entwicklungsländern als auch bei uns.

# 1. Ländliche Räume – vom Problem zur Chance

Die überwiegende Zahl der armen und an Hunger leidenden Menschen auf der Welt lebt im ländlichen Raum. Wenn man die Wurzeln von Armut und Hunger bekämpfen und vorhandene Naturressourcen erhalten möchte, muss man dies vor allem im ländlichen Raum und mit einer Politik für den ländlichen Raum tun.

Eine Verbesserung der Ernährungssicherheit wird erreicht über gesteigerte Nahrungsmittelproduktion, verbesserten Zugang zu Nahrungsmitteln und erhöhten Nahrungsmittelqualität. Hierdurch wird ein erheblicher Beitrag zum globalen Entwicklungsziel der Armuts- und Hungerreduzierung (MDG 1) geleistet. Die entwicklungspolitische Bedeutung reicht jedoch erheblich weiter. Armutsminderung und Ernährungssicherung im ländlichen Raum unterstützen die Erreichung sämtlicher Entwicklungsziele. Sie sind eng an die Stärkung der Rolle der Frau (MDG 3) und den Schutz der natürlichen Ressourcen (MDG 7) gekoppelt. Eine bessere Einkommens- und Ernährungssituation trägt maßgeblich zur Verbesserung der Gesundheit von Müttern (MDG 5) und zur Senkung der Kindersterblichkeit (MDG 4) bei. Familieneinkommen sowie bedarfsgerechte und gesundheitsförderliche Ernährung schaffen bessere Voraussetzungen dafür, dass Kinder eine vollständige Primarschulbildung (MDG 2) erfahren. Gleichzeitig wird die Bekämpfung von Krankheiten (MDG 6), z.B. der Tuberkulose, durch die Verbesserung des Ernährungszustands unterstützt.

Ländliche Räume sind Schlüsselräume für Entwicklung, Armutsreduzierung und Ernährungssicherung. Kaum ein entwicklungspolitischer Zusammenhang ist empirisch besser belegt als das Verhältnis zwischen der Investition in ländliche Entwicklung und der Minderung von Armut und Unterernährung. Diese umfassende Bedeutung ländlicher Räume wurde lange Zeit ignoriert und ihr Schutz vernachlässigt. Beispielsweise konzentrierte sich bis in die 1980er Jahre eine beträchtliche Förderung

ländlicher Räume auf staatliche Agrardienste und teilweise sehr weitreichende Ernährungssicherungsprogramme. Seither haben viele Regierungen der Entwicklungsländer im Zuge einer globalen Interessenverschiebung ihre Investitionen in den ländlichen Räumen drastisch reduziert. Der Abbau fachlicher Dienstleistungen staatlicherseits wurde jedoch nur punktuell durch private Investitionen aufgefangen, die oftmals nur an einzelnen bevorzugten Standorten in wenigen exportorientierten Bereichen getätigt wurden.

Statt die Potenziale des ländlichen Raumes zu nutzen, sind dort in vielen ländlichen Regionen der Welt mittlerweile besorgniserregende Entwicklungen zu beobachten. Der steigenden Nachfrage nach landwirtschaftlich produzierten Gütern stehen schrumpfende Anbauflächen mit sinkender natürlicher Produktivität gegenüber. Durch die Ausdehnung der Siedlungsflächen, aber auch durch nicht nachhaltige Ackerbewirtschaftung und Überweidung ist bislang über die Hälfte aller Kulturböden degradiert. Durch Erosion und Auslaugung, Wasserverknappung und Desertifikation verliert der Boden seine Fähigkeit, Pflanzen zu ernähren und Wasser zu speichern. Somit kann auch die Artenvielfalt nicht erhalten werden. Die dadurch zunehmende Konkurrenz um Land und Wasser erhöht das Risiko gewaltsamer Konflikte und Spannungen, z.B. zwischen lokaler Bevölkerung und Flüchtlingen. Wachsender Flächendruck, Krisen und Konflikte in ländlichen Räumen, unzureichende Rechtssicherheit und die Verdrängung von Kleinbauern fördern die Ausdehnung unkontrollierter Landwirtschaft, sie tragen zur Abholzung der Wälder und zur Gefährdung sensibler Naturräume bei und bedrohen hierdurch das globale Ökosystem.

Diese negativen Entwicklungen müssen gestoppt werden, da sie die Nutzung der Chancen des ländlichen Raumes erschweren. Dort ist ein sich selbst tragender Entwicklungsprozess erforderlich, der aus

dem Teufelskreis aus Armut, Hunger, Konflikten und Umweltzerstörung führt. Um einen solchen positiven Entwicklungsprozess in Gang zu setzen, müssen in den betroffenen Ländern entscheidende politische Weichen gestellt werden. Es kommt darauf an, den ländlichen Raum als Kategorie für Entwicklung wiederzuentdecken und interessant für politisches Handeln zu machen.

In vielen Ländern bietet die Landwirtschaft die Möglichkeit, eine zentrale Rolle für eine umfassende Entwicklung zu spielen. Viele agrarbasierte Entwicklungsländer weisen beachtliche Potenziale zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität auf. Ein Wachstum der Nahrungsmittelproduktion kommt nicht nur der Deckung des Eigenbedarfs im ländlichen Raum zugute. Eine nachhaltige Produktivitätssteigerung über das Existenzminimum hinaus gewährleistet auch die Ernährungssicherung für die städtische Bevölkerung. Die Verbesserung der nationalen und regionalen Eigenversorgungskapazität stellt einen wichtigen Schutz gegen wachsende Preisvolatilität und Unsicherheit auf internationalen Agrarmärkten dar. Aber der ländliche Raum bietet nicht nur die Möglichkeit der Nah-

rungsmittelproduktion. Holz, Baumwolle, Pflanzenöle und andere Grundstoffe bieten reichliche Chancen für die Entwicklung heimischer verarbeitender Industrie und für die Verbesserung der Exportbasis. Beschäftigungsmöglichkeiten im ländlichen Raum geben gerade jungen Menschen, die zunehmend von Arbeitslosigkeit betroffen sind, eine Zukunftsperspektive.

In- und ausländische Investitionen in Land und in Landwirtschaft sind erforderlich. Die Investoren müssen sich jedoch der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume verpflichtet fühlen statt – wie heute vielfach üblich – zur Verschärfung ökologischer und sozialer Probleme beizutragen. Nachhaltige und konfliktsensible Landnutzung stellt eine Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung ländlicher Räume und eine dauerhafte Ernährungssicherung dar. Nicht zuletzt können angemessene Vergütungen für die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter und Ökosystemleistungen dazu beitragen, dass ländliche Räume ihre Aufgabe für den Erhalt und die nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt sowie für den Schutz des Klimas dauerhaft erfüllen können.

## 2. Erforderliche Reformprozesse in Partnerländern

Verbessertes Saatgut, Dünge- und Pflanzenschutzmittel, veterinärmedizinische und tierzüchterische Versorgung, Mechanisierung, Bewässerungstechnik – all dies waren und sind in vielen Regionen der Welt treibende Elemente einer beachtlichen landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung. Ohne sie wäre es in den letzten Jahrzehnten unmöglich gewesen, die schnell wachsende Weltbevölkerung zu ernähren. Es hat sich jedoch gezeigt, dass Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft eine notwendige, aber bei weitem keine hinreichende Bedingung der nachhaltigen Entwicklung ländlicher Räume sind. In einigen Regionen konnten die agrartechnischen Möglichkeiten bis heute ihr Potenzial kaum entfalten; andernorts wirken sie nur um den Preis verschärfter sozialer, ökologischer und gesundheitlicher Probleme.

Die Förderung der Landwirtschaft ist wichtig, sie alleine reicht aber als Motor für ländliche Entwicklung und für eine nachhaltige Sicherung der Ernährung nicht aus. Damit ländliche Räume zur Basis einer nachhaltigen Entwicklung werden und einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung leisten, müssen – jenseits der reinen Entwicklung des Agrarsektors – umfassende Reformprozesse in Gang gesetzt werden, die man wie folgt zusammenfassen kann:

- Nachhaltige Entwicklung der ländlichen Wirtschaft
- Nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen
- Bereitstellung sozialer Dienste und technischer Infrastruktur
- Verbesserung der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen

Die Partnerländer tragen die Verantwortung für diese Reformprozesse. Deren Initiierung und Durchführung erfordert dort einen entsprechenden politischen Willen sowie den Aufbau angemessener institutioneller, finanzieller, technischer und personeller Kapazitäten.

### 2.1 NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DER LÄNDLICHEN WIRTSCHAFT

Die Entwicklung auch sehr armer kleinbäuerlicher Betriebe hin zu einer wirtschaftlich tragfähigen sowie sozial und ökologisch nachhaltigen bäuerlichen Landwirtschaft ist ebenso wichtig wie eine Diversifizierung der Beschäftigungsbasis und ein Strukturwandel, der aus der Dominanz des Agrarsektors im ländlichen Raum herausführt.

Kern und Ausgangspunkt einer Wirtschaftsentwicklung im ländlichen Raum, die Armut mindert und Ernährung sichert, sind die Stärkung lokaler Märkte und die nachhaltige Nutzung lokaler Ressourcen. Zugang zu nationalen, regionalen und internationalen Märkten ist erstrebenswert, soweit hierdurch die lokale Ernährungssicherung nicht gefährdet sondern unterstützt wird. Marktorientierung ermöglicht es, Einkommen zu erzielen, Ersparnisse zu bilden und Investitionen zu tätigen. Sie schafft eine breite Beschäftigungsbasis, setzt auf eine Vielfalt von Produkten und Dienstleistungen in verschiedenen Sektoren und entwickelt Alternativen zur illegalen Wertschöpfung, z.B. in der Drogenökonomie.

Fehlende räumliche Integration der Wirtschaft zählt zu den Kernproblemen der Entwicklungsländer. Mit zunehmender raumwirtschaftlicher Arbeitsteilung spielt die Vernetzung ländlicher Räume untereinander und mit urbanen Gebieten eine immer wichtigere Rolle. Typisch für die meisten ländlichen Räume in Entwicklungsländern sind hohe Transport- und Transaktionskosten, Versorgungsrisiken und eine weite Streuung von Kompetenzen. Die Überwindung dieser Probleme sowie die Unterstützung der Interaktion von Stadt und Land zählen zu den zentralen Herausforderungen. In vielen Teilen der Welt werden die Möglichkeiten vor allem regionaler Marktintegration und des Handels über Ländergrenzen hinweg für eine Marktentwicklung, wenn überhaupt, nur ansatzweise genutzt.



Der Abbau diesbezüglicher Barrieren und der Aufbau einer entsprechenden regionalen Infrastruktur sind dringend geboten.

Wichtigstes Ziel ist es, den am Rande des Existenzminimums wirtschaftenden und von der Entwicklung ausgeschlossenen armen Bevölkerungsgruppen Marktzugang zu verschaffen und sie zu einem eigenen Einkommen zu befähigen. Vor allem diese Bevölkerungsschichten müssen durch Zugang zu den lokalen Ressourcen und deren produktivere Nutzung in die Lage versetzt werden, ihre Lebensverhältnisse eigenständig zu gestalten. Der Übergang von der Subsistenzwirtschaft zu einer marktorientierten Wirtschaftsweise mit Erzielung von Einkommen ist der entscheidende Schritt zur nachhaltigen Existenzsicherung. Einkommen ermöglicht die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, die Bildung von Ersparnissen und die Investition in die ländliche Ökonomie, wodurch ein sich selbst tragendes Wachstum der ländlichen Wirtschaft ermöglicht wird.

Als Ausgangspunkt und zentrales Element einer solchen Entwicklung bietet sich in den meisten Fällen die Schaffung einer leistungsfähigeren Landwirtschaft an. Welcher Weg hierbei beschritten werden sollte, hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab. In der Regel sind die genossenschaftliche Organisation von Kleinbauern, Vertragslandwirtschaft und andere Formen der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor geeignet, die lokale Ernährungssicherheit, die nachhaltige Landnutzung und die bäuerliche Produktion und Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

Die häufig intensiv geführte Diskussion über das "richtige" Agrarsystem birgt jedoch die Gefahr, dass die Bedeutung der Landwirtschaft insgesamt überbetont und die Notwendigkeit einer Verbreiterung der Beschäftigungsbasis zu gering bewertet wird. Weder Vernachlässigung noch einseitige Förderung der Landwirtschaft bei Außerachtlassung übriger

Sektoren führt zum dauerhaften Erfolg. Landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Entwicklung sollten sich gegenseitig ergänzen und zu tragfähigen Wirtschaftskreisläufen sowie Wirkungsketten und Verbundeffekten führen. Die Nutzung langfristig wirksamer Interdependenzen zwischen natürlichen, technologischen, ökonomischen, sozialen und institutionellen Entwicklungsfaktoren ist eindeutig wichtiger als ein kurzfristiger, isolierter Produktionserfolg in der Landwirtschaft.

Eine umfassende Entwicklungsstrategie sollte daher sämtliche Wirtschaftsbereiche im Blick haben und Chancen einer wirtschaftlichen Diversifizierung zur Steigerung der Wertschöpfung im ländlichen Raum ergreifen. Nur so kann ein möglichst großer Anteil an der Wertschöpfung im ländlichen Raum geschaffen werden. Schlüssel hierzu ist die Förderung kleiner und mittlerer wettbewerbsfähiger Unternehmen. Diese können sich der lokalen Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln, Agrar-Rohstoffen und anderen lokalen Produkten widmen, sich aber auch in anderen Bereichen wie Handel, Transport, Bauwesen und Reparaturdienste ansiedeln. Ein günstiges Geschäfts- und Investitionsklima ist erforderlich, damit sich die entsprechende privatwirtschaftliche Initiative entfalten kann. Angebote wie etwa wirtschaftliche Beratung, berufsqualifizierende Aus- und Fortbildungen sowie ländliche Finanz- und Versicherungsdienstleistungen können hierzu maßgeblich beitragen.

## 2.2 NACHHALTIGES MANAGEMENT DER NATÜRLICHEN RESSOURCEN

Ein zentraler Erfolgsfaktor für die nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der ländlichen Bevölkerung ist die Erschließung, Nutzung und langfristige Sicherung lokaler Ressourcen. Ländliche Räume verfügen in der Regel über einen großen Reichtum an solchen natürlichen

Ressourcen, der jedoch oft massiv bedroht ist. Das nachhaltige und konfliktsensible Management dieser Ressourcen ist wichtig, um sie als Lebensgrundlagen der Bevölkerung und als Produktionsgrundlagen der Wirtschaft dauerhaft zu erhalten. Eine umfassende Nutzungsplanung zielt auf effektives Wasser- und Weidemanagement, den Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, einen nachhaltigen Pflanzenschutz, die Vermeidung von Bodenerosion und die Bewahrung der Artenvielfalt. Ressourcenmanagement im ländlichen Raum ist für die Erreichung internationaler Umwelt- und Entwicklungsziele unabdingbar (Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität, Desertifikationsbekämpfung). Es ist nur dann erfolgreich und nachhaltig, wenn soziale Spannungen aufgrund von ungeklärten Besitzfragen bearbeitet oder vermieden und alle Nutzergruppen, einschließlich der marginalisierten Bevölkerungsgruppen, einbezogen werden.

Das integrierte Küstenzonenmanagement hat eine nachhaltige Nutzung der Küstenregionen unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer, wirtschaftlicher und demographischer Trends zum Ziel. Die Besiedlung des Küstenraumes und seine wirtschaftliche Bedeutung wachsen stetig. Wichtige marine Ökosysteme wie Mangrovenwälder und Korallenriffe müssen stärker geschützt werden, damit die Stabilität des gesamten Lebensraumes Meer gewährleistet ist. Auch in den Inlandgewässern, etwa den großen zentralafrikanischen Seen und großen Flüssen Südost-Asiens, besteht großer Handlungsbedarf.

Der Klimawandel und seine Folgen führen zu wachsenden Herausforderungen für den Land- und Forstwirtschaftssektor und die Entwicklung ländlicher Räume. Dies erfordert sektorübergreifendes Handeln zur Minderung von Treibhausgasen und angepasstes Umgehen mit seinen negativen Folgen. Ländliche Räume, ihre Bevölkerung und die landwirtschaftliche Produktivität sind einerseits durch den Klimawandel besonders gefährdet; andererseits

bieten ländliche Räume weltweit ein großes Potential zur Einsparung von Treibhausgasemissionen und Kohlenstoffspeicherung. Nachhaltige Landnutzung und die Sicherung der natürlichen Ressourcen tragen direkt zur Anpassung an den Klimawandel und zur Minderung seiner negativen Auswirkungen bei. Erfolg versprechend sind insbesondere wassersparende und erosionsbegrenzende Methoden der Landbewirtschaftung, die Förderung der Bodenfruchtbarkeit sowie der Erhalt und die Förderung der landwirtschaftlichen Biodiversität.

### 2.3 BEREITSTELLUNG SOZIALER DIENSTE UND TECHNISCHER INFRASTRUKTUR

Ländliche Räume leiden vielfach an ihrer mangelnden Attraktivität. Wegen Perspektivlosigkeit wandern vor allem jüngere Menschen in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben in die Städte oder ins Ausland ab. Um den entscheidenden Schritt für ein besseres Leben auf dem Land zu tun, reichen manchmal schon der Zugang zu Strom und die Anbindung an eine Straße zur nächsten Kleinstadt, wenn hierdurch eine Gesundheitsstation und eine Schule erreichbar werden. Intakte und sichere Landstraßen sind auch wichtig, damit die im ländlichen Raum produzierten Güter mit möglichst geringen Verlusten und Kosten auf Märkte gelangen.

Zu den wichtigen sozialen Einrichtungen im ländlichen Raum zählen vor allem Schulen und Krankenhäuser sowie Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit und Verwaltung. Elektrizitätsversorgung, Trinkwasser- und Sanitärversorgung, Verkehrswege und der Betrieb öffentlicher Verkehrssysteme gelten als wichtigste Elemente technischer Infrastruktur. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um erforderliche staatliche Vorleistungen (Daseinsvorsorge). Jedoch bietet sich bei effektiver staatlicher Regulierung teilweise auch eine entsprechende Leistungserbringung durch private Akteure an.

Zu den klassischen sozialen Einrichtungen und technischen Infrastrukturen treten neuerdings moderne Informations- und Kommunikationstechnologien wie z.B. Mobilfunk und Internet. Die mediale Begleitung der ländlichen Entwicklung durch Radio, Fernsehen und Internet liefert auch außerhalb der städtischen Zentren den Zugriff auf wirtschaftlich relevante Informationen und wirkt als treibende Kraft der Schaffung neuer Formen zivilgesellschaftlicher Beteiligung. Zeitnahe und unabhängige Berichte über das Marktgeschehen, Wissen über bessere Produktions- und Vermarktungsmöglichkeiten sowie Wettervorhersagen sind wichtige Fundamente für eine produktivere Landwirtschaft.

Die schwache Ausbildung urbaner Systeme und insbesondere die unzureichende Entwicklung von Kleinstädten in vielen ländlichen Regionen der Welt behindern den Aufbau und den effizienten und effektiven Betrieb von sozialen und technischen Einrichtungen. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Verbesserung der politisch-institutionellen Rahmenbedingungen können genutzt werden, um die Entwicklung von funktionsfähigen Landgemeinden und die Wechselwirkungen zwischen Stadt und Land zu fördern. Je nach Art der Dienstleistung oder Infrastruktur bieten sich lokale, sub-nationale, nationale oder gar regionale Organisationsformen als die jeweils beste Lösung an.

Neben der physischen Existenz sozialer Einrichtungen muss auch der Zugang zu ihnen sichergestellt werden. Finanzielle und andere Zugangsbarrieren müssen beseitigt werden, damit soziale Grunddienste effektiv zur Bildung und Erhaltung von Humankapital beitragen können. Bei entsprechender Ausgestaltung sozialer Dienste kann der Nutzen einer umfassenden Entwicklung des ländlichen Raumes für die Ernährungssicherung maximiert werden. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion bleibt in ihrer Wirkung auf Armutsreduzierung und Hungerbekämpfung häufig begrenzt, wenn die Ab-

sicherung von Lebensrisiken nicht mit einbezogen wird. Soziale Sicherungssysteme können gerade im ländlichen Raum als Katalysatoren für Entwicklung dienen. In Form von Sozialtransfers oder gemeindebasierten Versicherungssystemen können soziale Sicherungssysteme für arme Bevölkerungsgruppen nicht nur den Zugang zu Gesundheitseinrichtungen, sondern auch den Zugang zu Nahrung sicherstellen. Hiermit würde allgemein auch die Anfälligkeit gegenüber Risiken (z.B. eines Ernteausfalls aufgrund von Dürre oder Überschwemmung, Krankheit, Tod in der Familie) gemindert. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt zur Ernährungssicherung im Zusammenhang mit sozialen Diensten sind Schulspeisungsprogramme.

#### **2.4 VERBESSERUNG DER POLITISCH-INSTITUTIONELLEN RAHMENBEDINGUNGEN**

Funktionierende Institutionen auf allen Ebenen sind von zentraler Bedeutung für den Entwicklungsprozess. Sie tragen nicht nur dazu bei, Rechte zu sichern, sondern auch Konflikte im ländlichen Raum beizulegen und sie zu vermeiden. Boden und Wasser sind die wichtigsten Produktionsressourcen im ländlichen Raum. Deren Bewirtschaftung ist in vielen Ländern durch fehlende oder ungesicherte Zugangs- und Besitzverhältnisse, eine fehlende Nutzungsplanung, eine nicht nachhaltige Nutzung und eine ungleiche Verteilung charakterisiert. Die Schaffung und Durchsetzung verbindlicher und gleicher Boden- und Wasserrechte für alle Bevölkerungsgruppen ist die zentrale Basis für Einkommen und Ernährung. Sie sind gleichermaßen ein wichtiger Faktor für Investitionen, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilisierung demokratischer Strukturen.

Günstige Voraussetzungen für Entwicklung, Armutsreduzierung und Ernährungssicherung sind besonders dort gegeben, wo Macht, Finanzmittel

und Umsetzungsbefugnisse von oben nach unten, d.h. von der Hauptstadt in die Provinzen, Landstädte und Dörfer abgegeben werden. Die Voraussetzung hierfür sind Transparenz, Korruptionsfreiheit und demokratische Kontrolle. Politische, fiskalische und administrative Dezentralisierung unterstützt Selbstorganisation und Selbstbestimmung der Bevölkerung und bildet günstige Vorbedingungen für die Entwicklung wirtschaftlicher und handelsbezogener Aktivitäten sowie gemeinschaftlichen Wohlstands.

Dezentralisierung, Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte und die Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen stehen in engem Zusammenhang und wirken alle entwicklungsfördernd: Sie geben Betroffenen eine Stimme, sichern die Beteiligung der gesamten Gesellschaft und gewährleisten, dass lokal verfügbares Wissen zur Lösung von Problemen möglichst gut genutzt wird. Besonders die Stärkung der rechtlichen, ökonomischen und sozialen Stellung von Frauen spielt eine wichtige Rolle. Frauen spielen eine große Rolle in der Landwirtschaft, und sie verfügen in der Regel über ausgeprägte Erfahrungen und Kenntnisse zur Ernährungssicherung.

Das Risiko in einem Land Hunger zu leiden ist umso geringer, je besser der Zugang von Frauen zu Ressourcen und Dienstleistungen ist. Gleichberechtigung der Geschlechter hätte eine signifikante Steigerung landwirtschaftlicher Produktivität und eine deutliche Verbesserung der Ernährungssituation von Kindern zur Folge.

Nur wenn alle Betroffenen die Möglichkeit haben, sich selbst zu organisieren, kann "Ownership" ausgeübt und können Interessen wirksam artikuliert werden. Erzeuger- und Nutzerorganisationen sind ebenso wie Landarbeiterorganisationen Voraussetzung für funktionierende Dienstleistungen, fairen Zugang zu Absatzmärkten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und für Partizipation an lokalen Entscheidungsprozessen (z.B. kommunale Entwicklungs- und Haushaltsplanung). Eine lokal verwurzelte Zivilgesellschaft bildet eine wichtige Basis für die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Sie gewährleistet, dass der ländliche Raum eine Identität stiftende Rolle spielen kann und dass Menschen im ländlichen Raum ihre Traditionen pflegen, verändern und an die nächsten Generationen weitergeben können.

## 3. Unterstützungsbeitrag der deutschen Entwicklungspolitik

### 3.1 GRUNDSÄTZE UND INTERNATIONALE VEREINBARUNGEN

Unter dem Leitgedanken der "Hilfe zur Selbsthilfe" setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik für ein nachhaltiges internationales Engagement zur Stärkung der ländlichen Räume in Entwicklungsländern ein. Ländliche Räume werden zu einem Schlüsselbereich und Förderschwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik ausgebaut. Die Erhöhung der Ernährungssicherheit ist hierbei der entscheidende Beweggrund, die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung eine wichtige handlungsleitende Orientierung für das deutsche Engagement in diesem Bereich.

Entwicklung hängt in erster Linie von politischem Willen, leistungsfähigen Institutionen und Eigenanstrengungen ab. Auch das Niveau der angewandten Technologie und die Qualifikation der Arbeitskräfte sind wichtig. Partnerländern fällt die Verantwortung zu, ihre ländlichen Räume unter Beachtung dieser Erfolgsfaktoren dauerhaft zu entwickeln und ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen in allen Teilen ihrer Staatsgebiete nachzukommen. Entwicklungszusammenarbeit kann hier unterstützend wirken; sie ist in der Lage, wichtige Impulse zu geben, Innovationspotenziale aufzuzeigen und im politischen Dialog auf Fehlentwicklungen und Konflikte aufmerksam zu machen. Eine Ersatzvornahme der Geber für die Eigenverantwortung der Partnerländer würde jedoch zu keinem dauerhaften Erfolg führen. Sofern Partnerländer für den Aufbau der erforderlichen institutionellen, finanziellen, technischen und personellen Kapazitäten Unterstützung wünschen, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ihre vielfältigen Erfahrungen im Bereich der Entwicklung ländlicher Räume einbringen.

In vielen Ländern sind es vor allem die Menschen im ländlichen Raum, denen ihre Rechte auf einen angemessenen Lebensstandard, auf ausreichende und

gute Nahrung, auf Sicherheit, Gesundheit und auf Bildung verwehrt werden. Deutschlands Engagement zur Armutsreduzierung, zur Entwicklung im ländlichen Raum und zur Ernährungssicherung ist daher auch ein klares Bekenntnis zur Verwirklichung der Menschenrechte. Die deutsche Entwicklungspolitik setzt sich dafür ein, dass alle Menschen ohne materielle Not, gleichberechtigt, selbstbestimmt und eigenverantwortlich ihr Leben gestalten. Sie sollen von staatlichen Pflichtenträgern auf kommunaler und nationaler Ebene Rechenschaft einfordern können. So unterstützt die Bundesregierung die Anwendung der Freiwilligen Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung, die für die Staaten konkrete Handlungsempfehlungen zur Umsetzung dieses elementaren Menschenrechts bieten, und richtet ihre Entwicklungszusammenarbeit daran aus. Mit der Verabschiedung der Paris Deklaration von 2005 und dem Accra-Aktionsplan von 2008 bekennt sich die deutsche Entwicklungspolitik bei der Zusammenarbeit mit ihren Partnerländern zu einer "Partnerschaft auf Augenhöhe" und einer gegenseitigen Rechenschaftspflicht. Hierbei ist das vornehmliche Ziel die Optimierung der Wirksamkeit aller eingesetzten Mittel. Das bedeutet, dass sie die Verantwortung der Partnerländer für ihre eigenen Strategien der Entwicklung ländlicher Räume und Ernährungssicherung anerkennt, diese gegebenenfalls aber auch einfordert.

Klare, demokratisch legitimierte und menschenrechtsorientierte Strukturen, Strategien, Entwicklungsprogramme und Investitionspläne der Partnerländer bieten die ideale Voraussetzung für eine Unterstützung durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Wo diese Voraussetzungen gegeben sind, sollte die Orientierung an diesen Vorgaben und die Eingliederung der Unterstützung in diese Strategien, Programme und Pläne der Partner die Regel sein. Auf isolierte Aktivitäten, die nicht im Einklang mit solchen Vorgaben sind, ist zu verzichten. Speziell für die Entwicklungszusammenarbeit mit

afrikanischen Partnerländern betrachtet Deutschland das Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP) als einen zentralen Leitprozess, wenn es sowohl um die Ausgestaltung von Eigenverantwortung als auch um die Ausrichtung der Unterstützungsleistungen geht.

Ländern, die noch nicht über eigene Strategien der Entwicklung des ländlichen Raumes oder über keine ausreichenden Umsetzungskapazitäten verfügen, kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit – in Abstimmung mit anderen Entwicklungspartnern – bei der Entwicklung und Umsetzung solcher Strategien unterstützen. Gerade in Ländern mit fragiler Staatlichkeit, die ihrer Bevölkerung nur unzureichend Sicherheit, soziale Dienstleistungen und Rechtsstaatlichkeit garantieren können, sind verstärkte maßgeschneiderte Unterstützungsleistungen erforderlich. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt dabei auf einen möglichst frühzeitigen Einsatz von entwicklungsorientierter Not- und Übergangshilfe, die Stärkung sozialer Sicherung, den Aufbau von Institutionen auf allen Ebenen, eine entwicklungsorientierte Drogenpolitik, die Förderung von ziviler Konfliktbearbeitung und Krisenprävention sowie die konfliktsensible Gestaltung aller Reformprozesse.

Die Bundesregierung macht sich dafür stark, die weltweiten Anstrengungen für die Entwicklung ländlicher Räume und für Ernährungssicherung zu bündeln und alle wichtigen Akteure zusammenzubringen. Sie bekennt sich zur Globalen Partnerschaft für Landwirtschaft, Ernährungssicherung und Ernährung (Global Partnership for Agriculture, Food Security and Nutrition, GPAFSN) und unterstützt die Arbeiten des Welternährungsausschusses (Committee on World Food Security, CFS) als einem zentralen Element dieser Partnerschaft.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit setzt sich für eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung

mit anderen Gebern und für dringend erforderliche Fortschritte bei der Harmonisierung von Geberleistungen ein. Die wesentlichen Herausforderungen stellen sich in der Zusammenarbeit mit jedem einzelnen Partnerland und im Zusammenwirken der Geber vor Ort. Flankiert werden diese Bemühungen durch die deutsche Mitwirkung in verschiedenen internationalen Gremien.

Trotz aller bisherigen Fortschritte bleibt die Verbesserung der Wirkungsorientierung und des wirkungsorientierten Managements im Bereich der Entwicklung ländlicher Räume eine der zentralen Aufgaben. Dies gilt nicht nur für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sondern für sämtliche Entwicklungspartner weltweit. Bei Investitionen in die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume können keine kurzfristigen Erfolge erwartet werden. Umso wichtiger ist es, im Dialog mit den Partnern der Formulierung von realistischen Zielen und Wirkungsindikatoren eine große Bedeutung beizumessen. Nur so lässt sich die Tür zu sachlich fundierter Ressourcenallokation, Wirkungsmonitoring, Erfolgsevaluierung und Erfüllung von Rechenschaftspflichten gegenüber Parlamenten, der Öffentlichkeit und Zielgruppen der Entwicklungsmaßnahmen öffnen.

### 3.2 MEHR-EBENEN-FÖRDERSTRATEGIE

Deutschland verfügt als einer der wenigen Geber über praktische Erfahrung und Wissen auf der lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Ebene und ist in den betroffenen Themengebieten ein angesehener Partner. Je nach Bedarf können diese Kompetenzen, in Abstimmung mit den lokalen Gegebenheiten und den Vorstellungen der Partnerländer, zum Einsatz kommen. Die Millenniums-Entwicklungsziele bieten hierbei einen geeigneten Orientierungsrahmen.

Die Entwicklung ländlicher Räume erfordert einen ganzheitlichen Denk- und Planungsansatz, der alle Sektoren und Ebenen umfasst. In der Praxis kommt es dann zum einen darauf an, die Partner so zu unterstützen, dass sie die nationale Rahmensetzung mit den Interventionen auf sub-nationaler und lokaler Ebene, aber auch auf regionaler und internationaler Ebene abstimmen. Zum anderen geht es darum, auf Grundlage der lokalen Gegebenheiten und Prioritäten sektorale Schwerpunkte zu identifizieren und entsprechende Umsetzungskapazitäten in den betroffenen Verwaltungen auf allen Ebenen zu gewährleisten.

### **Internationale Ebene**

Auf internationaler Ebene kommt es vor allem darauf an,

- durch Abbau der handelsverzerrenden Agrarsubventionen faire Wettbewerbsbedingungen für Partnerländer herzustellen,
- durch kontextgerechte Finanzierungsmechanismen Anreize und Möglichkeiten für nachhaltige Ressourcennutzung zu schaffen und
- die internationale Agrarforschung noch stärker an den Erfordernissen einer nachhaltigen und sozial verträglichen Intensivierung auszurichten.

Die Bundesregierung wirkt an der für die Entwicklung ländlicher Räume wichtigen Umsetzung der Rio-Konventionen und internationalen Folgeverträgen mit (UNFCCC, UNCBD, UNCCD, FAO-ITPGRFA). Sie nimmt aktiv an internationalen Konferenzen und Gipfeln zu Armutsminderung, Entwicklungszielen, Ernährungssicherung und Wirksamkeit der Hilfeleistungen teil und ist aktives Mitglied der G8- und G20-Foren, in denen vor allem das Thema der Ernährungssicherung auf der Tagesordnung steht. Darüber hinaus bringt sich die Bundesregierung durch ihre Beiträge aktiv in die Arbeit multilateraler Entwicklungsorganisationen ein. Dazu gehören vor allem die Europäische Union, die verschiedenen Or-

ganisationen der Vereinten Nationen (v.a. FAO, IFAD, WFP, UNDP, WHO, ILO), die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken. Vielfach werden bilaterale Programme zur ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung in enger Kooperation mit multilateralen Programmen durchgeführt.

Mit der Ratifizierung der 1994 verabschiedeten UN Konvention zur Bekämpfung der Desertifikation (UNCCD) setzt sich die deutsche Entwicklungspolitik für die Verbesserung der Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung in den Trockengebieten der Erde ein. Sie unterstützt die Entwicklung und die Umsetzung nationaler Strategien zur nachhaltigen Landnutzung und deren Integration in nationale und lokale Entwicklungsplanungen.

Deutschland ist Gründungsmitglied der Global Donor Platform for Rural Development, einem Netzwerk aus 34 bilateralen und multilateralen Gebern, internationalen Finanzinstitutionen, zwischenstaatlichen Organisationen und Entwicklungsagenturen. Durch die Bereitstellung einer Plattform zum Austausch von Informationen und Wissen und zur Verständigung über gemeinsame Positionen und Ansätze wird ein verstärktes und verbessertes Engagement in den Bereichen Landwirtschaft und ländliche Entwicklung angestrebt.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) setzt auf einen engen Dialog mit den anderen Bundesressorts und mit den anderen Gebern, um eine größtmögliche Kohärenz anderer Politiken – insbesondere Landwirtschafts-, Fischerei-, Handels-, Klima- und Umweltpolitik – mit entwicklungspolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Handelsregime, Direktinvestitionen, Außenwirtschaftsförderung, Agrarforschungspolitik oder der Umgang mit geistigen Eigentumsrechten können entwicklungspolitische Hilfeleistungen durchkreuzen. Sie können bei entsprechender Ausgestaltung aber auch als Hebel ei-

ner Entwicklungspolitik dienen, die sich der Entwicklung ländlicher Räume und der Reduzierung von Armut und Bekämpfung von Hunger verschreibt. Für eine solche Hebelwirkung setzt sich das BMZ ein.

Darüber hinaus bringt sich das BMZ aktiv und fördernd im Sinne einer kohärenten und nachhaltigen Politik für den ländlichen Raum in die entsprechenden Prozesse der Europäischen Entwicklungspolitik ein. Dies trifft sowohl für Politikgestaltung und Politikdialog wie auch für die Umsetzung der Zusammenarbeit auf nationaler, regionaler und globaler Ebene zu. Auch auf der europäischen Ebene hat es die verschiedenen Fachpolitiken unter Kohärenzgesichtspunkten im Blick.

#### Nationale und sub-nationale Ebene

Auf nationaler und sub-nationaler Ebene kommt es darauf an,

- bei Bedarf die Erarbeitung kontextgerechter rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen moderierend und durch fachliche Inputs zu unterstützen (etwa auch unter spezifischen Entwicklungsbedingungen in einem Drogen- und Konfliktumfeld),
- durch die Schaffung von Kapazitäten in den Institutionen die Umsetzung von Politiken und Gesetzen zu ermöglichen,
- die Suche nach technischen und institutionellen Lösungen (auch für Fischereimanagement und Integriertes Küstenzonenmanagement) zu unterstützen, die den Standorten angepasst und zielgruppengerecht sind sowie Politiken und Strategien zu fördern, die besser den lokalen Bedingungen Rechnung tragen,
- durch konzeptionelle Beiträge zur Förderung der Marktentwicklung und zum Aufbau von Wertschöpfungsketten beizutragen (einschl. Förderung fairer Arrangements der Vertragsproduktion zwischen landwirtschaftlichen Großunternehmen und ländlichen Kleinproduzenten),
- durch finanzielle Unterstützung ländlicher Infrastruktur die Verbesserung der Marktzugangsbedingungen der ländlichen Bevölkerung zu fördern,
- die Entwicklung angepasster, finanziell tragbarer Dienstleistungssysteme (vor allem solche, die auf die Landwirtschaft orientiert sind) unter Berücksichtigung der Kapazitäten privater, gemeinnütziger und staatlicher Akteure zu unterstützen,
- Studien- und Ausbildungsgänge zu fördern, die sich an den besonderen Qualifikationsbedürfnissen des Agrarsektors orientieren und
- öffentliche Agrarforschung finanziell und fachlich zu unterstützen und die Ergebnisse zu verbreiten.

#### Lokale Ebene

Auf lokaler Ebene kann die deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Kooperation mit lokalen Partnern vor allem eine demokratische dezentrale Regierungsführung unterstützen. Hier kommt es darauf an,

- die ländliche Bevölkerung, insbesondere ärmere und benachteiligte Gruppen, dazu zu befähigen, die durch Interventionen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene erweiterten Handlungsspielräume zur besseren Bedürfnisbefriedigung und zur Ernährungssicherung zu nutzen,
- die Interessenvertretungsmacht und die Kooperationsmöglichkeiten der ländlichen Bevölkerung gegenüber Marktpartnern und Dienstleistern so weit zu stärken, dass diese sich erfolgreich für einen fairen Zugang zu Ressourcen, Märkten und Dienstleistungen einsetzen können,
- die Betriebsentwicklung sowie den Aufbau von Erzeuger- und Nutzerorganisationen konzeptionell und finanziell zu unterstützen,
- die Gründung von Bildungs- und Qualifikationsstätten, die auf die Bedürfnisse des ländli-



- chen Raumes zugeschnitten sind, zu fördern und
- den Aufbau einer lokal verwurzelten ländlichen Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Ein wichtiges Ziel des deutschen Unterstützungsbeitrages ist es, die Partner in ihrer Fähigkeit zu stärken, im Rahmen ihrer Reformpolitik zielgruppenorientiert vorzugehen. Als Partner kommen je nach Maßnahme und Handlungsebene verschiedene Akteure in Frage. Neben staatlichen Akteuren gewinnen Partner aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft an Bedeutung.

Zur Zielgruppe zählen grundsätzlich die gesamte Bevölkerung und alle Wirtschaftssubjekte des ländlichen Raumes. Dabei ist es wichtig, zwischen am Entwicklungsprozess Beteiligten, den Mittlern und der Zielgruppe im engeren Sinne zu unterscheiden. Unter dem Aspekt der Hungerbekämpfung ist der Zielgruppenfokus auf besonders marginalisierten Bevölkerungsgruppen erforderlich, da diese Gruppen beim Zugang zu Ressourcen auf besonders ausgeprägte Barrieren stoßen. Um die Landwirtschaft und eine endogene Entwicklung ländlicher Räume zu stärken, muss die Förderung schwerpunktmäßig auf die Bedürfnisse und Potenziale, das Wissen und die Erfahrungen der bäuerlichen Familienbetriebe konzentriert werden. Die Beteiligung von legitimierten Vertretern aller relevanten Zielgruppen an der Umsetzung von Reformprozessen ist unabdingbar.

### 3.3 FÖRDERINSTRUMENTE UND -VERFAHREN

Im Mittelpunkt des deutschen Engagements stehen Formen der bilateralen Zusammenarbeit mit den Partnerregierungen; diese werden in erster Linie über die deutschen Durchführungsorganisationen – in Form von technischer und finanzieller Zusammenarbeit erbracht. Über programmorientierte Ansätze tragen diese zu wichtigen politischen und institu-

tionellen Reformen bei, welche die Rahmenbedingungen für ländliche Entwicklung verbessern. Die Finanzielle Zusammenarbeit unterstützt die Umsetzung nationaler Entwicklungspläne zur Ernährungssicherung durch die Finanzierung bzw. Bezuschussung von notwendigen Investitionen. Sie finanziert zentrale Investitionen zur Modernisierung des ländlichen Raumes und unterstützt die Partner im Ausbau ihrer Umsetzungskapazitäten durch investitionsbezogene Beratungsleistungen. In Kooperation mit anderen Gebern beteiligt sie sich an Gemeinschaftsfinanzierungen dort, wo die Umsetzung von komplexen regionalen Konzepten erforderlich ist. Durch die spezifische Förderung von Mikrokreditbanken trägt sie dazu bei, das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen zu erhöhen und über innovative Betriebs- und Finanzierungskonzepte die Nachhaltigkeit der Investitionen zu sichern.

Die Technische Zusammenarbeit konzentriert sich auf Kapazitäts- und Konzeptentwicklung. Kapazitäten von Menschen, Organisationen, Netzwerken und politischen Systemen werden im materiellen und finanziellen Bereich sowie im Management gestärkt. Die ländliche Bevölkerung wird durch die Möglichkeit, an spezialisierten formalen und informellen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen teilzunehmen, darin unterstützt, Fachwissen sowie Steuerungs- und Handlungskompetenz zu erwerben. Organisationen, Behörden und Unternehmen werden darin beraten, ihre Organisations-, Management- und Produktionsstrukturen leistungsfähiger zu machen. Bei der Konzeptentwicklung geht es um die Suche nach kontextgerechten Problemlösungen, Verfahren und Instrumenten. Hierbei berät die Technische Zusammenarbeit Regierungen darin, wie sie ihre Entwicklungsziele menschenrechtskonform formulieren, in Gesetzen und Strategien verankern und landesweit umsetzen können.

Direkte finanzielle und technische Zusammenarbeit wird durch die Unterstützung entwicklungsorien-

tierter Agrarforschung flankiert. Im Mittelpunkt steht die Förderung der unter dem Dach der Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR) kooperierenden internationalen Agrarforschungszentren. Hierbei wird auf eine verbesserte Verzahnung der internationalen Forschung mit den in Deutschland ansässigen Forschungskapazitäten hingewirkt. Entwicklungsorientierte Agrarforschung ist für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume und eine langfristige Ernährungssicherung unerlässlich. Sie schafft angewandtes Wissen über nachhaltige Produktionssysteme in Pflanzenbau und Pflanzenzucht, in Tierzucht und Tierhaltung, im Erhalt der landwirtschaftlichen Vielfalt und in der Fischzucht. Um dem Anspruch der Entwicklungsorientierung zu genügen, muss Agrarforschung vor allem in den Entwicklungsländern selbst gestärkt werden und auf den sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnissen und Kenntnissen der Bauern vor Ort aufbauen. Die Kooperation der internationalen Forschungszentren mit nationalen Agrarforschungseinrichtungen ist ebenso zu verbessern wie die Nutzung von Forschungsergebnissen für Beratung und Kapazitätsentwicklung. Außerdem muss sich die Agrarforschung verstärkt den neuen Herausforderungen wie dem zunehmenden Druck auf die natürlichen Ressourcen, der wachsenden Weltbevölkerung oder dem Klimawandel hinwenden.

Die Entwicklung ländlicher Räume und die Ernährungssicherung sind Herausforderungen, die durch öffentliche Mittel allein nicht gemeistert werden können. Zugleich bieten sie Potenziale, die auch für andere Akteure von Interesse sind. Deshalb kooperiert die Bundesregierung mit der Privatwirtschaft, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Ob im Betrieb von Wasserversorgungssystemen, als Dienstleister im Bereich des Ressourcenschutzes, als Konzessionär in der Stromversorgung, als Anteilseigner an Mikrofinanzinstitutionen oder als privater Bildungsträger – private Unternehmer spielen in

ländlichen Räumen eine bedeutende Rolle. Sie können neue Märkte für ihre Produkte erschließen, durch sie gelangen Finanzdienstleistungen, Know-how und moderne Technologien in den ländlichen Raum.

Die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit wird von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Organisationen getragen. Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich der Menschenrechte, der Umwelt- und der Entwicklungspolitik tragen dazu bei, Transparenz, Informationsfluss und Bewusstseinsbildung zu gewährleisten und zu erhöhen. Sie sind schwerpunktmäßig auf der lokalen Ebene tätig und leisten hier bedeutende Beiträge. Die politischen Stiftungen spielen vor allem beim Aufbau von Demokratie und Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Nichtregierungsorganisationen und kirchliche Entwicklungsdienste sind wichtige Partner bei der Armutsreduzierung sowie bei der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention. Die Sozialstrukturträger haben ihre Schwerpunkte vor allem im Aufbau und der Stärkung von Selbsthilfeorganisationen. Insbesondere Genossenschaften spielen eine zentrale Rolle bei der Entwicklung und Bereitstellung von Finanzdienstleistungen (einschließlich Mikroversicherungen) und beim Zugang zu Märkten.

## IMPRESSUM

### Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),  
Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

### Redaktion

BMZ, Referat Ländliche Entwicklung; Welternährung

### Gestaltung

BLOCK DESIGN Kommunikation & Werbung, Berlin

### Stand

März 2011

### Postanschriften der Dienstsitze

BMZ Bonn  
Dahlmannstraße 4  
53113 Bonn  
Tel. +49 (0) 228 99 535 - 0  
Fax +49 (0) 228 99 535 - 3500

BMZ Berlin | im Europahaus  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin  
Tel. +49 (0) 30 18 535 - 0  
Fax +49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de  
www.bmz.de